

Schellhorn plant Dienstwagen-Reform: Weniger Auswahl für Minister!

Staatssekretär Josef Schellhorn plant am 18.05.2025 eine Reform der Dienstwagenregelung in der Regierung für nachhaltige Mobilität.



Vienna, Österreich - Staatssekretär Josef Schellhorn (NEOS) plant eine Reform des Dienstwagen-Regimes in der österreichischen Regierung, um die Auswahl an Dienstfahrzeugen zu reduzieren und damit Debatten über die Fahrzeugwahl zu vermeiden. Dies berichtet **vienna.at**. Der Vorschlag sieht vor, dass Minister und Staatssekretäre künftig nur aus zwei festgelegten Automodellen mit vorgegebener Ausstattung wählen können. Die Beschaffung soll durch die Bundesbeschaffungsagentur erfolgen, wodurch eine schnellere Umsetzung der Änderungen denkbar wäre, sofern die anderen Ministerien zustimmen.

Schellhorn ist trotz seiner eigenen Berechnungen, die zeigen,

dass Leasingkosten für Elektroautos oft höher sind als für Verbrenner, nicht kritiklos geblieben. In den vergangenen Diskussionen geriet er in die Kritik, da er einen luxuriöseren Audi A8 anstelle eines günstigeren Modells wählte. Die Leasingraten für den Audi A8 belaufen sich auf etwa 870 Euro pro Monat, während der Audi A6 mit 1.013 Euro und der vollelektrische Audi e-tron mit 1.070 Euro monatlich zu Buche schlagen, wie der **Kurier** berichtet.

Nachhaltigkeit im Fokus

Die Diskussion um die Dienstwagenreform fällt in einen breiteren Kontext nachhaltiger Mobilität. Der Aktionsplan für nachhaltige Beschaffung (NaBe), der seit 2022 in Kraft ist, fordert, dass ab dem Jahr 2027 alle neuen Dienstwagen emissionsfrei sein müssen. Ausnahmen gelten nur für Fahrzeuge, die aufgrund täglicher Fahrstrecken von über 160 Kilometern oder Schwierigkeiten beim Aufladen von Elektroautos erforderlich sind.

Zusätzlich wurde im Koalitionsvertrag ein 8-Punkte-Plan zur Förderung der Elektromobilität beschlossen. Dieser Plan setzt nicht nur auf staatliche Quoten, sondern verfolgt einen technologieoffenen Ansatz, um den Umstieg auf klimafreundliche Fahrzeuge voranzutreiben. Die steuerliche Förderung von E-Fahrzeugen wird ausgeweitet, sodass die 0,25-Prozent-Regelung bis zu einem Listenpreis von 100.000 Euro sogar ausgedehnt wird. Diese Änderungen sind nicht nur für Unternehmen, Selbstständige und Angestellte mit Firmenwagen von Bedeutung, sondern könnten auch weitreichende Auswirkungen auf die gesamte Fahrzeugindustrie haben, was **auto motor und sport** thematisiert.

Blick in die Zukunft

Die umstrittenen Leasingverträge und die damit verbundenen Kosten werfen auch Fragen über die Effektivität der Mobilitätswende auf. Klimaministerin Leonore Gewessler

verzichtet beispielsweise bewusst auf ein eigenes Dienstauto und nutzt stattdessen Fahrrad, Bahn und Bim. Ihr Vorgehen verdeutlicht den Trend hin zu einer nachhaltigeren Mobilität, erfordert jedoch auch einen Umdenken bei der politischen Elite.

Schellhorn selbst betont, dass eine geringere Auswahl an Dienstwagen nicht nur Diskussionen erleichtern könnte, sondern auch der wirtschaftlichen Effizienz zugutekäme. Trotz der Herausforderungen sieht er es als entscheidend an, dass die NEOS sich als Partei für Klimaschutz positionieren. Die bevorstehenden Reformen und der kontinuierliche Fokus auf nachhaltige Beschaffung könnten hierbei als günstige Entwicklungen angesehen werden.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Vienna, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.vienna.at• kurier.at• www.auto-motor-und-sport.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at